

Menschliche Bedürfnisse

Zu: „Jede zehnte S-Bahn verspätet“, FR-Regional vom 13. Januar

Wo bleibt die Fürsorge unserer politischen Entscheider und Entscheiderinnen bei diesem maroden Bahnsystem? Wir sind überzeugt, sie fahren wie zu alten Zeiten – Klima hin oder her – Auto und haben keine Ahnung, was sie uns Bürgerinnen und Bürgern mit ihrem verlotterten Bahnsystem in einem so eng besiedelten und wirtschaftlich führenden Raum wie dem Rhein-Main-Gebiet zumuten. Auch kennen sie nicht mehr die menschlichsten Bedürfnisse, die alle, insbesondere schwangere und kranke Menschen haben: Sie müssen öfter als andere. Was bzw. wo machen sie bei Verspätungen? Männer können bekanntlich überall, aber auch sie haben Schwierigkeiten an überfüllten Bahnsteigen. Für Frauen ist das nahezu unmöglich. Kommen sie dann an Wildwestbahnhöfen wie z.B. in Hattersheim an, dürfen sie immer noch nicht müssen, weil da nämlich keine Toilette ist.

Die Europawahlen waren letztes Jahr – vielleicht sollten sich die politischen Entscheider mal in den anderen Ländern über die menschlichsten Bedürfnisse schulen lassen. Dort gibt es sie nämlich: Die öffentlichen – offenen – gepflegten Toiletten für die menschliche Notdurft.

Birgid Oertel u. Volker Igstadt, Hattersheim

Gescheiterte Pläne

Zu: „Wegscheide ringt mit NS-Historie“, FR-Regional vom 7.1.

Die im Artikel referierten Erkenntnisse des Historikers Gunter Stemmler bezüglich August Jaspert sind schon in den 1980er Jahren von Mitgliedern des Vereins „Die Wegscheide mahnt“ so ähnlich erforscht worden. Damals ist auch das „Wanderbuch zur Geschichte der Wegscheide in Bad Orb“ veröffentlicht worden (1988).

Außerdem sollte auf Wunsch des Vereins in einem der ehemaligen steinernen Pferdeställe ein Museum eingerichtet werden. Ab 1914 war das Gelände auf der Wegscheide Truppenübungsplatz für die Artillerie der kaiserlichen Armee gewesen. Die Pferde waren in steinernen Gebäuden untergebracht, die einfachen Soldaten in Holzhäusern, die in den 20er Jahren zur Kindererholungsstätte wurden. Die Pläne des Vereins scheiterten am Desinteresse der damals politisch Verantwortlichen der Stadt Frankfurt.

Auch die Rolle Jasperts wurde schon 1988 kritisch gesehen. So heißt es im „Wanderbuch“ auf S.24: „So steht zum Beispiel in der ersten Nummer der Zeitschrift ‚Die Wegscheide‘ von 1922; ‚Führernaturen kommen emporg, gefolgt von gläubigen Anhängern.“ Ingo Evers, Gründau



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik - Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Historiker, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky.
Montag, 27. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Einlass ab 18 Uhr.
Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Bascha Mika und **Nadja Erb** stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor.
Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr
Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt

Bascha Mika moderiert ein Gespräch zum Thema „Die Frage nach dem richtigen Leben und das Wissen von den wichtigen Dingen“ mit Prof. Norbert Bolz. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 3. März, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Wut im Bauch nach „Schnuppertagen“

Schulplatzvergabe in Frankfurt: „Unmut über Losverfahren“, FR-Regional vom 16. Januar

Auf den ersten Blick fand ich das neue Losverfahren zur Schulplatzvergabe als eine Zwangsläufigkeit der Schulbehörden, um den bisher mindestens gefühlten Ungerechtigkeiten bei der Schulplatzvergabe entgegenzutreten. Neben den Beschwerden der zugewiesenen Familien konnte in der Vergangenheit häufig der Eindruck gewonnen werden, dass bestimmte Gruppen von Kindern vermehrt in die Zuweisung kamen, d. h. an keiner von ihren drei Wunschschulen aufgenommen wurden. Dabei abgesehen von den Methoden, die manche Schulleiter anwenden, um eine vermeintlich erstrebenswerte Klientel und ihre Kinder an die Schule zu holen.

Leider fallen dem neuen Verfahren nun offensichtlich auch Schulen zum Opfer, die bislang streng darauf geachtet haben, dass an ihren Schulen alle Kinder – egal welchen Leistungsniveaus und welcher sozialen Herkunft – eine Chance haben. An der

Ernst-Reuter-Schule II wurden bislang nicht nach Aktenlage oder Namen des Kindes entschieden, sondern alle interessierten Familien wurden zu einem persönlichen Gespräch eingeladen, damit gerechte Aufnahmen erfolgen und die Klassenbildung an dem an dieser Schule praktizierten Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit erfolgen konnte.

Bitter ist es, dass in Ihrem Artikel ausgerechnet Schulleiter zu Wort kommen, die die aktuelle bedauernde Situation aus meiner eigenen Erfahrung geradezu provoziert haben. Am Tag der offenen Tür wird den Familien am Gymnasium Riedberg regelrecht eingebläut, dass im Bewerbungsschreiben die Neigung zur Naturwissenschaft genannt werden muss. Wer da nicht die „geschickten“ Eltern hat, hat schon verloren. Von dem Verfahren bestimmter IGSen abgesehen, die für die Familien bestimmter Schulen eigene „Schnuppertage“ gespickt mit

Versprechungen veranstalten. Nachdem ich vor zwei Jahren zum letzten Mal diese Tortur durchmachen durfte, hatte ich ein um das andere Mal extreme Wut im Bauch.

Das bisherige Verfahren hätte einfach beibehalten werden können. Notwendig wäre einfach nur ein Anonymisieren, das heißt der Ersatz des Namens durch einen später wieder dem Kind zuzuordnenden „Code“, bevor die Schulanmeldung an die Wunschschulen geht. Natürlich müssen Wohnort, soziale Bindungen, Neigungen und Talente der Kinder bei der Schulplatzvergabe berücksichtigt werden. Das aber sollte nur über Stichworte oder Ankreuzmöglichkeiten im vorgesehenen Formular erfolgen und nicht über eigene Schreiben der Eltern, die im Zweifel nichts über das Kind aussagen, sondern meist lediglich Schlüsse auf die Herkunft des Kindes zulassen.

Tanja Clauß, Frankfurt

Ein zweifelhafter Fortschritt namens 5G

Zu: „Serielles Bauen wird leichter“, FR-Regional vom 20. Dezember

Die hessische Landesregierung will jetzt durch eine Hintertür gehen. Wie so oft werden wirklich relevante Änderungen durch die Politik gern kaschiert. Unter dem Vorwand, das serielle Bauen zu vereinfachen, soll mit einer Neuregelung der Hessischen Bauordnung auch gleich die Genehmigungsfreiheit von bis zu 15 Meter hohen Antennen verabschiedet werden. Diese Höhe, und das steht nur im Kleingedruckten, bezieht sich aber nicht etwa wie bei den bisher erlaubten zehn Metern auf die Höhe ab dem Boden, sondern jetzt ab dem Dach eines jeden Gebäudes. Damit dürfen auf beispielsweise zehn Meter hohen Einfamilienhäusern nun nochmals 15 Meter hohe Antennen ohne jede Genehmigung gebaut werden. Diese städtebaulich dominanten Höhen von 25 Meter gehen dann nicht mehr von den Gebäuden aus, sondern von den Antennen.

Dies erfolgt im Namen eines ohnehin zweifelhaften „Fortschritts“, der sich 5G nennt. Natürlich hat es die Politik schwer, sich hier für die Interessen der Bevölkerung einzusetzen, nachdem sie zuvor Milliarden für die 5G-Lizenzen eingenommen hat. Vor diesem Hintergrund protegiert sie nun die Betreiber der 5G-Netze. Bei der Zulassung von neuen Arzneimitteln muss vorher deren Unschädlichkeit si-

chergestellt sein, obwohl niemand verpflichtet ist, die Medikamente überhaupt einzunehmen. Bei der Aussendung neuartiger Strahlung, der jedermann unfreiwillig ausgesetzt ist und die beispielsweise Städte wie Brüssel bei sich nicht dulden, vertraut die Politik den Aussagen der Netzbetreiber. Nach dem FR-Bericht war allein die AfD kritisch.

Die Politik wäre schlecht beraten, wenn sie die berechtigte Sorge vieler Menschen jetzt allein einer Partei überlassen würde, die sich bislang nicht dadurch ausgezeichnet hat, grüne Themen zu besetzen.

Judith Schäfer, Mühlthal

Aufgeheizte Atmosphäre, massive Konflikte

Zu: „Pöbeln in der Notaufnahme“, FR-Regional vom 20. Januar

Die Kritik über Missstände in den Krankenhäusern nimmt zu. Sie hat ihre Berechtigung. Meine Erfahrungen am Höchster Klinikum entsprechen im wesentlichen der Kritik im Artikel.

In der Notaufnahme dieser Klinik herrscht hektische Unruhe. Starker Patientenandrang, Überfüllung der Flure, Enge, aufgeregte Patienten und deren Begleitpersonen. Es herrschen Verhältnisse wie auf einem Basar. Sehr lange Wartezeiten (sechs Stunden und mehr) bis zur ersten Untersuchung. Häufiger Wechsel der Ärzte und Untersuchungsräume. Es entstehen massive Konflikte über die Notwendigkeit einer stationären Aufnahme. Viele „Patienten“ wechseln die Notaufnahme mit einer normalen Arztpraxis. Sie gehen davon aus, hier schneller und besser behandelt zu werden. Die Überfüllung, die Hektik und

das egoistische Verhalten von Patienten führt zu einer aufgeheizten Atmosphäre und entsprechenden Entgleisungen. Die Aufnahme- und Ablauforganisation der Klinik ist Ansturm und Ansprüchen der Patienten nicht mehr gewachsen. Eine rechtzeitige Vorauswahl in getrennten Räumen außerhalb der Notaufnahme könnte zur Entspannung der Situation beitragen. Patienten, die mit Rettungswagen eingeliefert werden, ist unmittelbarer Zugang zur Untersuchung und Aufnahme zu ermöglichen. Der Unterschied zwischen einer Arztpraxis und einer Notaufnahme muss erkennbar sein und auch durchgesetzt werden.

Darüber hinaus bestehen zum Teil erhebliche Organisationsmängel im Klinikum. Wesentliche Ursachen sind die restriktive Sparpolitik mit erheblichen negativen Auswirkungen

auf Personal und Patienten. D.h. Die Politik der absoluten Gewinnmaximierung hinterlässt Spuren in der Gesundheitspolitik. Die Krankenhäuser werden privatisiert oder teilprivatisiert. Viele damit verbundene Organisationsmaßnahmen führen zu unzumutbaren Zuständen in vielen Klinikbereichen.

Nach meiner Erfahrung muss, trotz der angespannten Arbeits- und Personalsituation, der Arbeitseinsatz und die Hilfsbereitschaft der Betreuungskräfte und der Ärzte besonders hervorgehoben werden. Vieles liegt nicht an den Menschen, sondern am System. Das muss sich ändern. Das Krankenhaus ist keine profitorientierte Firma. Das Personal verdient mehr Anerkennung durch angemessene Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen.

Eberhard Bacher, Frankfurt